

Juden in Europa fühlen sich diskriminiert

Studie der EU-Agentur für Grundrechte weist auf zunehmenden Antisemitismus hin

VON JULIA FRESE

Bremen-Brüssel. Juden fühlen sich in Deutschland und Europa in zunehmendem Maße diskriminiert. Das hat eine Studie der EU-Agentur für Grundrechte ergeben. Die Agentur hatte rund 6000 Juden aus acht EU-Mitgliedsstaaten zu ihren Erfahrungen mit antisemitischen Vorfällen befragt. Zwei Drittel der Teilnehmer gaben an, dass sie Antisemitismus für ein großes Problem in ihrem Land hielten. Mehr als drei Viertel aller Befragten waren sogar der Ansicht, dass sich das Problem in den vergangenen fünf Jahren verschärft habe. Rund ein Fünftel waren in den vergangenen zwölf Monaten antisemitisch beschimpft, belästigt oder körperlich angegriffen worden. In Deutschland äußerte

rund ein Drittel der Befragten, der israelisch-arabische Konflikt habe einen großen Einfluss darauf, wie sicher sie sich fühlten.

Grigori Pantijelew, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bremen, bekräftigt die Umfrageergebnisse: „Der Antisemitismus ist in Europa präsent – spätestens seit der Beschneidungsdebatte.“ Als einen der Hauptgründe sieht Pantijelew „eine deutliche einseitige Israelkritik“ durch die EU. Die Kritik äußere sich sowohl in verbalen Aussagen von EU-Politikern als auch durch EU-Gesetze zur Siedlungspolitik in Israel, so die Meinung des jüdischen Gemeindevorsitzenden.

Gut funktionieren laut Pantijelew die Beziehungen zur Bremischen Landesregierung und zum Senat. Bremen hatte 2001 einen Staatsvertrag mit der jüdischen Ge-

meinde abgeschlossen. „In den Entscheidungen des Senats und der Bürgerschaft wird die jüdische Gemeinde viel berücksichtigt“, sagt Pantijelew.

Dennoch sei die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder in Bremen seit einigen Jahren rückläufig. Lebten 2005 noch rund 1200 jüdische Gemeindeglieder in Bremen, sind es derzeit weniger als 1000.

Morten Kjaerum, der Direktor der EU-Agentur für Grundrechte, betonte, dass viele Regierungen sich bereits anstrengten, Antisemitismus in ihren Ländern zu bekämpfen. In Zukunft seien aber gezieltere Maßnahmen nötig. „Besonders erschreckend ist, dass das Internet, das eigentlich zur Förderung der Kommunikation und des Dialogs beitragen sollte, für antisemitische Belästigungen missbraucht wird.“